



MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 3. JUNI 2026

Konstituierende Sitzung und Vereidigung der Minister

Am 9. Mai trat die neu gewählte Ungarische Nationalversammlung zur konstituierenden Sitzung zusammen. Staatspräsident Tamás Sulyok hatte den Termin zuvor entsprechend festgelegt. Auf Wunsch des Wahlsiegers Péter Magyar wählte das neue Parlament bereits in der ersten Sitzung den neuen Ministerpräsidenten des Landes. Dies war in der Vergangenheit eher unüblich, meist erfolgte die entsprechende Wahl erst einige Tage nach der konstituierenden Sitzung. Rein juristisch sprach jedoch nichts gegen diesen gestrafften Zeitplan. Magyar wurde mit 140 Ja- zu 54 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung zum neuen Ministerpräsidenten von Ungarn gewählt und beendete damit die seit 16 Jahren andauernde Amtszeit Viktor Orbáns. Unmittelbar nach seiner Wahl zum neuen Ministerpräsidenten hielt Péter Magyar eine rekordverdächtige Rede mit einer Länge von knapp 80 Minuten. Magyar nutzte seine Rede, um mit den Legislaturperioden der Vorgängerregierungen abzurechnen und die Zielsetzungen seiner Regierung abzustecken. Er kündigte unter anderem eine umfassende Überprüfung des ungarischen Verfassungssystems an und versprach eine Stärkung der Gewaltenteilung, die Wiederherstellung einer „tatsächlichen Unabhängigkeit“ der Institutionen sowie eine Begrenzung der Anzahl der Amtszeiten des Ministerpräsidenten auf maximal zwei volle Legislaturperioden beziehungsweise acht Jahre. Insbesondere Letzteres erntete Kritik, da die neue Gesetzgebung auch bereits vor Einführung der Begrenzung absolvierte Amtszeiten berücksichtigen soll. Dies könne als rückwirkende oder personalisierte Gesetzgebung ausgelegt werden, da diese Begrenzung nur eine einzige Person – nämlich Viktor Orbán – betreffen würde.

Magyar betonte, dass Millionen von Ungarn mit beispielloser Kraft Veränderungen herbeiführen wollten und ihm daher das Mandat erteilten, das jahrzehntelange „Dahintreiben“ zu beenden und ein neues Kapitel aufzuschlagen, nicht nur die Regierung, sondern das gesamte System zu erneuern. Doch ein wahrhaftiger Neuanfang sei ohne Versöhnung nicht möglich, Versöhnung wiederum sei ohne Gerechtigkeit nicht möglich und Gerechtigkeit sei ohne Aufarbeitung nicht möglich. Ohne all dies würden die Menschen erneut enttäuscht werden. Die Wahrheitsfindung bezeichnete er als eine der Grundvoraussetzungen für den demokratischen Wiederaufbau. Er kündigte an, dass das Gesetz zur Schaffung einer „Nationalen Behörde für Vermögensrückgewinnung und -schutz“ als eines der ersten vorgelegt werde. Die Behörde werde eine wichtige Institution des Systemwechsels sein, deren Aufgabe sein werde, die Missbräuche der letzten zwanzig Jahre im Zusammenhang mit öffentlichem Vermögen aufzudecken, Strafverfahren zu unterstützen und für die Rückgewinnung unrechtmäßig erworbenen öffentlichen Vermögens einzutreten. Sie soll das System der öffentlichen Auftragsvergabe, Konzessionsverträge, an Stiftungen ausgelagerte öffentliche Vermögenswerte, überhöhte Preise bei staatlichen Investitionen, den Missbrauch von EU-

Mitteln, Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Ungarischen Nationalbank, die Geldbewegungen im TAO-System sowie die Rolle privater Kapitalfonds untersuchen. Das entschiedene Vorgehen und die Aufarbeitung der mutmaßlichen Korruption der Vorgängerregierungen war eines der zentralen Wahlkampfversprechen der Tisza gewesen. Magyar richtete sich auch, wie bereits im Wahlkampf und seiner Siegesrede am Wahlabend, erneut gegen die Würdenträger und Leiter staatlicher Institutionen. In den letzten Jahren habe die Bevölkerung das Vertrauen in etliche staatliche Institutionen und deren Leiter verloren, da diese zu „politischen Handlangern“ des vergangenen Regimes verkommen seien. Magyar forderte sie daher auf bis zum 31. Mai freiwillig zurückzutreten und den Weg für einen Neuanfang und eine Neubesetzung der Ämter durch seine Regierung zu ebnen, wobei Staatsoberhaupt Tamás Sulyok den Anfang machen solle.

Die konstituierende Sitzung zog eine lebhaftere gesellschaftliche Debatte nach sich, war sie doch geprägt von zahlreichen Neuerungen, Protesten und Provokationen. Insbesondere musikalisch ging die Tisza-Regierung neue Wege und sorgte damit teilweise für Irritationen. Neben der traditionell gespielten ungarischen Nationalhymne und dem Gedicht „Szózat“ [Aufruf] des ungarischen Dichters Mihály Vörösmarty wurden auch die „Szekler-Hymne“, die als EU-Hymne geltende „Ode an die Freude“, das als Roma-Hymne geltende Lied „Zöld az erdő, zöld a hegy is“ [Grün ist der Wald, grün ist auch der Berg] sowie das Volkslied „Tavaszi Szél“ [Frühlingswind] gespielt. Insbesondere die letzten drei stießen bei den Fraktionen von Fidesz, KDNP und Mi Hazánk teils auf Unverständnis, teils auf Kritik. Die Abgeordneten der rechtsradikalen Mi Hazánk verließen als Zeichen des Protests sogar die Sitzung. Die Anordnung der Parlamentspräsidentin, für die „Ode an die Freude“ ebenso Haltung anzunehmen wie bei der ungarischen Nationalhymne, sorgte für Irritationen. Kritisiert wurde zum einen, dass es sich bei der Europäischen Union nicht um einen Nationalstaat und bei der „Ode an die Freude“ somit nicht um eine tatsächliche Hymne handele, sowie der Umstand, dass ebenjener inoffiziellen „EU-Hymne“ derselbe Respekt erwiesen werden musste wie der ungarischen Nationalhymne. Bei der „Roma-Hymne“ konzentrierte sich die Kritik auf den Umstand, dass die ungarischen Roma als eine der insgesamt dreizehn staatlich anerkannten und mit besonderen sprachlichen und kulturellen Rechten ausgestatteten autochthonen Minderheiten ebenso ein Teil der Gesellschaft sind und durch die Nationalhymne repräsentiert werden wie alle anderen Ungarn und Angehörigen der Nationalitäten auch. Vertreter der Tisza hingegen sprachen von einem Zeichen des Respekts gegenüber einer in ihren Augen historisch und gesellschaftlich oftmals schlechter gestellten Volksgruppe. Das Lied „Frühlingswind“ wiederum war das „Wahlkampflied“ der Tisza-Partei gewesen und zudem der Namensgeber des kurz vor den Wahlen veröffentlichten Imagefilms von Péter Magyar. Die Verwendung eines derart offensichtlich mit parteipolitischen Inhalten aufgeladenen Liedes während der konstituierenden Sitzung des Parlaments wurde weithin und über weltanschauliche Grenzen hinweg als unangemessen angesehen. Das Gros der Kritik bemängelte, dass die konstituierende Sitzung des Parlaments nicht der Ort für derartige kleinliche parteipolitische Spielchen sei.

Der Zwist zwischen Ministerpräsident Magyar und Staatspräsident Sulyok setzte sich auch im Anschluss an die konstituierende Sitzung fort. Von der Vereidigung der Minister durch Staatspräsident Sulyok am 12. Mai 2026 wünschte Magyar keine Bilder, ignorierte Sulyok weitestgehend oder drehte ihm gar demonstrativ den Rücken zu. Bilder von der Vereidigung gab es trotzdem, da der Staatspräsident diese von seinem eigenen Photographen anfertigen und anschließend veröffentlichen ließ. Eine kurze Vorstellung der 16 neuernannten Minister erreichen Sie unter dem [folgenden Link](#) auf unserer Webseite.

Antrittsbesuche in Warschau und Wien

Die ersten Auslandsreisen eines neu gewählten ungarischen Ministerpräsidenten werden stets mit großer Aufmerksamkeit verfolgt – stellt doch die Auswahl der Reiseziele selbst ein politisches Signal dar. Nach dem Wahlsieg der Tisza-Partei im April 2026 und dem daraus resultierenden ersten Regierungswechsel seit 2010 wurde diesen Antrittsbesuchen mit Interesse entgegengesehen. Ministerpräsident Magyar reiste zunächst, vom 19. bis 20. Mai, nach Polen und anschließend, am 21. Mai, nach Österreich. Die Wahl der Reiseziele stellte somit letztendlich auch in diesem Fall keine Überraschung dar, denn sowohl Warschau als auch Wien zählen seit Jahrzehnten zu den wichtigsten Partnern Ungarns in Mitteleuropa und sind daher auch regelmäßig die ersten Reiseziele. Hinzu kommt, dass beide Länder derzeit von Parteien regiert werden, die, wie die Tisza-Partei auch, Mitglieder der Europäischen Volkspartei (EVP) sind. Das (partei-)politische Fundament für die Möglichkeit einer guten und reibungslosen bilateralen Zusammenarbeit ist somit gegeben. Magyar hatte zudem angekündigt, das regionale Beziehungsgeflecht wiederherzustellen und regionale Kooperationen, wie beispielsweise die Visegrád-Gruppe, zu stärken.

Besonders symbolträchtig war die Reise nach Polen. Unter der sechzehnjährigen Amtszeit Viktor Orbáns galten Budapest und Warschau die längste Zeit als enge Verbündete innerhalb der Europäischen Union. Insbesondere infolge der Migrationskrise ab 2015 traten die beiden Länder als enge Verbündete und entschiedene Kritiker, insbesondere auch der deutschen Migrationspolitik, in Erscheinung. Die Gründe für die engen bilateralen Beziehungen lagen in gemeinsamen historischen Erfahrungen, gemeinsamen Interessen und parteipolitischen Sympathien zwischen den Regierungsparteien PiS und Fidesz. Die Beziehungen kühlten sich jedoch im Jahr 2022 nach dem russischen Angriff auf die Ukraine deutlich ab. Polen entwickelte sich schnell zu einem der größten Unterstützer der Ukraine und forderte ein entschlossenes Vorgehen gegenüber Russland, wohingegen Ungarn seine Beziehungen zu Russland weitestgehend aufrechterhielt und auch am Import russischer Energieträger festhielt. Die gemeinsamen Interessen wurden demnach bereits 2022 endgültig durch eklatante (außen-)politische Differenzen verdrängt. Mit dem Wahlsieg von Donald Tusk (PO) und der Abwahl der bisherigen PiS-Regierung im Zuge der Parlamentswahlen 2023 verschlechterten sich auch die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen. Ein exemplarisches Beispiel für das schwierige Verhältnis zwischen Tusk und Orbán ist, dass der anschwellende und 2021 letztendlich zum Austritt führende Konflikt zwischen Fidesz und der Europäischen Volkspartei (EVP) direkt in die von 2019 bis 2022 dauernde Amtszeit von Donald Tusk als Vorsitzender der Europäischen Volkspartei (EVP) fiel.

Mit seinem Besuch wollte Magyar deshalb einen politischen Neuanfang markieren. In Warschau traf er sowohl Premierminister Donald Tusk als auch Präsident Karol Nawrocki. In den Gesprächen standen vor allem die Wiederannäherung zwischen den beiden Ländern, die europäische Zusammenarbeit und die Zukunft der Visegrád-Gruppe (V4) im Mittelpunkt. Magyar erklärte dabei ausdrücklich, dass er die Visegrád-Gruppe „revitalisieren“ wolle und bereits an einem neuen Gipfeltreffen in Budapest arbeite. Auch Tusk zeigte sich offen für eine Stärkung des Kooperationsformats zwischen Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei. Auch die Beziehungen Ungarns zur Europäischen Union kamen zur Sprache. Sowohl Warschau als auch Budapest hatten in den vergangenen Jahren Probleme mit EU-Mitteln, die aufgrund politischer Konflikte mit Brüssel eingefroren worden waren. Magyar kündigte an, Ungarn wieder als konstruktiven Partner innerhalb der EU positionieren zu wollen. Gleichzeitig hielt sich Magyar bei zentralen Streitfragen bedeckt und betonte etwa bei Fragen der

Migrationspolitik oder auch der Energieversorgung das Primat der „nationalen Interessen“ Ungarns. Derzeit scheint sich zwar eine gemäßigtere, pro-europäische und weniger konfrontative Kommunikation abzuzeichnen, Beobachter erwarten jedoch bei vielen zentralen Streitfragen – Migrationspolitik, Bezug russischer Energieträger, Verhältnis zur Ukraine – keinen grundlegenden Kurswechsel der neuen Regierung in Budapest.

Auch die Reise nach Wien war von hoher symbolischer Bedeutung. Österreich und Ungarn verbindet eine lange gemeinsame Geschichte, enge wirtschaftliche Beziehungen und eine intensive Zusammenarbeit in der Grenzregion. Unter den Orbán-Regierungen waren die Beziehungen jedoch immer wieder belastet, nicht zuletzt aufgrund der sektoralen Sondersteuern für ausländische Unternehmen, wovon auch österreichische Unternehmen betroffen waren, sowie wiederkehrender politischer Konflikte auf EU-Ebene. Beim Treffen mit Bundeskanzler Christian Stocker stand deshalb vor allem die Wiederannäherung zwischen beiden Ländern im Vordergrund, aber auch die Situation österreichischer Unternehmen in Ungarn, die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union, das kommende EU-Budget sowie Fragen der Migration und Sicherheit im Mittelpunkt. Zudem kamen die Folgen des Ukrainekriegs und die Möglichkeit der EU-Erweiterung zur Sprache. Magyar stellte eine Politik der „Kooperation, aber auch gewissen Konfrontationen“ in Aussicht, womit er andeutete, dass trotz des „Neustarts“ auch weiterhin Interessenkonflikte zwischen den beiden Ländern und Regierungen bestehen bleiben könnten. Mindestens drei große Streitfragen zwischen Ungarn und Österreich stehen jedoch unverändert im Raum: Die bereits erwähnten sektoralen Sondersteuern in Ungarn, die Beeinträchtigung ungarischer Pendler durch österreichische Grenzkontrollen sowie die Asbestbelastung in Teilen Westungarns durch den Export von mit Asbest kontaminierten Schotter aus dem Burgenland.

Die ersten Maßnahmen der Tisza-Regierung

Nach der konstituierenden Sitzung und der Wahl Magyars zum neuen Ministerpräsidenten am 9. Mai 2026 sowie der am 12. Mai gefolgten Vereidigung der Minister, nahm die neue Regierung ihre Tätigkeit auf. Aufgrund der Zweidrittelmehrheit im Parlament verfügt auch die neue Regierung über die Möglichkeit, Gesetze und sogar die Verfassung ohne Unterstützung anderer Parteien zu ändern. Die neue Regierung machte sich auch sogleich ans Werk und brachte die ersten Gesetzes- und Verfassungsänderungen ins Parlament ein und richtete zudem fünf Untersuchungsausschüsse ein.

Im Mittelpunkt dieser ersten Maßnahmen standen mehrere Verfassungsänderungen. Die wohl symbolträchtigste Reform war die geplante Begrenzung der Amtszeit des Ministerpräsidenten auf maximal acht Jahre beziehungsweise zwei Legislaturperioden. Diese Änderung soll auch die vor Einführung des Gesetzes abgeleitete Amtszeiten berücksichtigen. Diese „rückwirkende Anwendung“ stieß jedoch nicht nur in den Reihen der bisherigen Regierungsparteien Fidesz und KDNP auf Kritik. Zudem wurde der Vorwurf der Einzelfallgesetzgebung erhoben, da es in Ungarn derzeit eine einzige Person gebe, die auf diese Weise vor einer erneuten Kandidatur abgehalten werden könnte – den bisherigen Ministerpräsidenten Viktor Orbán. Dies gilt auch für bereits vor dem Gesetz geleistete Amtszeiten. Kritik: Rückwirkende Rechtsanwendung und „personalisierte Gesetzgebung“, da sich dieses Gesetz gegen eine einzelne Person richtet – Viktor Orbán. Magyar und die Tisza begründen diesen Schritt mit der Notwendigkeit, demokratische Kontrollmechanismen zu stärken, eine übermäßige Machtkonzentration in den Händen einer einzelnen Person zukünftig zu verhindern und somit die demokratische

Erneuerung der Parteien zu befördern. Aus den Reihen der bisherigen Regierungsparteien wurde betonte, dass man diese Entscheidung doch lieber in den Händen der ungarischen Wähler belassen solle.

Gleichzeitig kündigte die Regierung an, mehrere Institutionen der Orbán-Ära umzubauen oder aufzulösen, darunter das sogenannte „Amt für den Schutz der Souveränität“, dessen Aufgabe es ist, Organisationen oder Personen zu identifizieren die demokratischen Prozesse und den Willen der Wähler beeinflussen und damit die Souveränität Ungarns beeinträchtigen oder gefährden könnten. Aufgrund des 2023 verabschiedeten Gesetzes zum „Schutz der Souveränität“, mit dem das Amt für den Schutz der Souveränität eingerichtet wurde, hatte die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, da dieses Gesetz gegen das EU-Recht verstößt. Dieser Kritik möchte die neue Regierung mit dieser Änderung nun Folge leisten.

Auch das System der sogenannten KEKVA-Stiftungen soll überarbeitet beziehungsweise abgeschafft werden. Die vierte Orbán-Regierung hatte diese „gemeinnützigen Stiftungen zur Verwaltung von Vermögenswerten im öffentlichen Interesse“ eingeführt. Davon war zahlreiche Bildungseinrichtungen betroffen, so wurden beispielsweise Universitäten in ein Stiftungsmodell überführt und mit eigenen Vermögenswerten ausgestattet. Auch das bereits 1996 gegründete Mathias Corvinus Collegium (MCC) erhielt zusätzliche Vermögenswerte, um den Auftrag der Begabtenförderung besser und in einem größeren Rahmen erfüllen zu können. Laut der Einleitung des Gründungsgesetzes bestand das Ziel darin, diese öffentlichen Einrichtungen von der jeweiligen Regierung unabhängiger zu machen und ihnen mehr finanzielle Autonomie zu verschaffen. Die neue Gesetzgebung ermöglicht der Regierung nun die Möglichkeit die KEKVA-Stiftungen erneut zu verstaatlichen beziehungsweise die Kontrolle über die Stiftungen zurückzugewinnen. Die könnte in einem ersten Schritt durch eine Neubesetzung der Kuratorien erfolgen, wodurch die Regierung unmittelbar Einfluss auf die Arbeit der Stiftungen nehmen könnte. Alternativ ist auch eine Auflösung einzelner Stiftungen denkbar. Magyar kündigte in diesem Zusammenhang an, dass alle Stiftungen, mit Ausnahme der Universitäten, zum 31. August 2026 aufgelöst werden sollen. Die Universitäten sollen 2027 folgen. Rechtsnachfolger der KEKVA-Stiftungen wird der ungarische Staat sein, der sich zudem verpflichtete, die „Tätigkeiten im öffentlichen Interesse“ fortzusetzen. Das Mathias Corvinus Collegium kündigte an, im Falle der Auflösung der KEKVA-Stiftung an, die Tätigkeit als private Stiftung fortzusetzen.

Die fünf Untersuchungsausschüsse sollen aus jeweils sechs Mitglieder bestehen. In jedem Ausschuss soll die Tisza-Partei – deren Fraktion ebenfalls einen Vorschlag für den Vorsitzenden unterbreitet – drei Mitglieder benennen, während Fidesz, KDNP und Mi Hazánk jeweils ein Mitglied benennen sowie Vorschläge für die stellvertretenden Vorsitzenden unterbreiten sollen.

1. Untersuchungsausschuss zur Aufdeckung der Verantwortlichen im Begnadigungsskandal (Bericht bis zum 30. September)
2. Untersuchungsausschuss zur Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Ungarischen Nationalbank MNB (Bericht bis zum 30. September)
3. Untersuchungsausschuss zur Aufdeckung von Missbrauch bei der Zwangsvollstreckung (Bericht bis zum 31. Oktober)

4. Untersuchungsausschuss zur Untersuchung der systemischen Krise im Kinderschutz (Bericht bis zum 31. Dezember)
5. Untersuchungsausschuss zur Untersuchung der „spontanen Privatisierung“ und des Verlusts von öffentlichem Vermögen (Bericht bis zum 31. Dezember)

EU-Kommission stellt Freigabe von EU-Mitteln in Aussicht

Am Freitag, den 29. Mai 2026, reist Ministerpräsident Magyar nach Brüssel, um über das zukünftige Verhältnis Ungarns zur Europäischen Union und die Freigabe der unter der Vorgängerregierung eingefrorenen EU-Mittel zu beraten. Beide Seiten stehen dabei unter einem gewissen Zeitdruck, da ein relevanter Teil der zurückgehaltenen Mittel verfallen könnte, denn offiziell ist die Freigabe der Mittel auch weiterhin an die Erfüllung der 27 von der EU-Kommission aufgestellten „Super-Meilensteine“ geknüpft. Dazu zählt unter anderem auch die bereits erwähnte Auflösung der KEKVA-Stiftungen. Medienberichten zufolge sollen sich die ungarische Regierung und die EU-Kommission auf einen Zeitplan für die erforderlichen legislativen Schritte geeinigt haben. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen äußerte sich zuversichtlich, lobte Magyar dafür, bereits kurz nach seinem Amtsantritt einige „längst überfällige Reformen“ auf den Weg gebracht zu haben, und kündigte an, 10 Milliarden Euro aus der EU-Fazilität für den Wiederaufbau nach der Pandemie freigegeben zu wollen – sofern die Verhandlungen gut verliefen und Budapest die Forderungen der EU-Kommission umsetzte. Zudem stellte sie die Freigabe von 4,2 und weiteren 2,2 Milliarden Euro an Kohäsionsmitteln in zwei Tranchen in Aussicht. Die Höhe der Summe übertraf die Erwartungen der meisten Beobachtern und wurde als großer Vertrauensvorschuss für den neuen ungarischen Ministerpräsidenten angesehen. Zudem sollen ungarische Studenten nicht länger von der Teilnahme am EU-Austauschprogramm Erasmus ausgeschlossen werden – eine der zahlreichen Strafmaßnahmen, die die EU-Kommission im Streit über die Einführung des Stiftungswesens im tertiären Bildungsbereich gegen die ungarische Regierung verhängt hatte.

Bisher sind jedoch keine Details öffentlich geworden, was die ungarische Regierung im Gegenzug für die Freigabe der Mittel genau versprochen hat. Auf der anschließenden Pressekonferenz mit Kommissionspräsidentin von der Leyen hielt sich Magyar bedeckt und antwortete nur ausweichend auf die entsprechenden Fragen der Journalisten. Der ehemalige Ministerpräsident und Parteivorsitzende der Fidesz, Viktor Orbán, forderte Magyar daraufhin auf, alle „Details über seinen Pakt“ mit von der Leyen offenzulegen und darzulegen, welche der ungarischen Interessen er an Brüssel verkauft habe – denn „kostenlosen Käse gebe es nur in der Mausefalle“, so Orbán.

Ministerpräsident Magyar auf Antrittsbesuch in Berlin

Am 2. Juni 2026 reiste Péter Magyar nach Berlin und wurde dort von Bundeskanzler Friedrich Merz mit militärischen Ehren empfangen. Bereits dieser Umstand besitzt eine erhebliche symbolische Bedeutung, da Ministerpräsident Viktor Orbán eine solche Ehrung bei seinen beiden letzten Besuchen in Deutschland weder 2022 noch 2024 zuteilwurde. Nach Polen und Österreich trifft Magyar auch in Deutschland auf einen Regierungschef einer EVP-Mitgliedspartei. Neben der Normalisierung der bilateralen Beziehungen dürfte von ungarischer Seite insbesondere die deutsche Unterstützung bei der Freigabe der EU-Mittel im Vordergrund stehen. Die Bundesregierung wiederum dürfte im Gegenzug auf eine umgänglichere ungarische

Haltung bei europa- und außenpolitischen Fragen hoffen. Gleichzeitig müssen Berlin und Budapest abstecken, wie eng sie künftig bei zentralen europäischen Fragen zusammenarbeiten wollen, und sondieren, auf welchen Feldern Gemeinsamkeiten oder Differenzen vorliegen.

Insbesondere der Themenkomplex Ukraine-Russland dürfte weiterhin Konfliktpotenzial zwischen den beiden Regierungen bieten. Denn auch die neue ungarische Regierung äußerte scharfe Kritik an den Sprachgesetzen der Ukraine sowie der Beschneidung der damit verbundenen kulturellen, sprachlichen und politischen Rechte der autochthonen ungarischen Minderheit. Magyar betonte nach seinem Amtsantritt erneut, dass er die vollumfängliche Wiederherstellung und Gewährleistung dieser Rechte als „Grundvoraussetzung“ für die Wiederherstellung und Normalisierung der ukrainisch-ungarischen Beziehungen ansehe. Auch einen beschleunigten EU-Beitritt der Ukraine lehne Ungarn weiterhin ab. Magyar kündigte zudem an, dass über diese Frage beizeiten das ungarische Volk in einer Volksabstimmung entscheiden solle. Am Donnerstag, den 28. Mai 2026, hatte Magyar bei einem Treffen mit NATO-Generalsekretär Mark Rutte die bisherige Haltung Ungarns gegenüber Waffenlieferungen bestätigt und erklärt, dass Ungarn auch weiterhin keine Waffen an die Ukraine liefern werde. Auch Finanzhilfen lehnte Magyar bisher ab und berief sich etwa bei der Frage des 90-Milliarden-Euro-Kredits auf die noch von der Orbán-Regierung ausgehandelte Befreiung von der Finanzierung. Der entsprechende Kredit wurde schließlich noch von der Orbán-Regierung freigegeben, nachdem die Ukraine unmittelbar nach dem Wahlsieg Magyars eine Wiederaufnahme der Öllieferungen an Ungarn in Aussicht stellte, denn wie sein Vorgänger kündigte auch Magyar an, langfristig am Bezug russischer Energieträger festhalten zu wollen.

Bei der anschließenden Pressekonferenz von Ministerpräsident Péter Magyar und Bundeskanzler Friedrich Merz wurden neben den erwartungsgemäßen Glückwünschen und der Eröffnung eines neuen Kapitels in den bilateralen und europäischen Beziehungen auch einige Differenzen ersichtlich. So drängte Merz auf eine baldige Eröffnung der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und betonte, dass der bilaterale Konflikt zwischen Ungarn und der Ukraine über die Situation der ungarischen Minderheit in der Karpatenukraine nicht zu Lasten der europäischen Unterstützung der Ukraine gehen dürfe. Magyar hielt dagegen und erwiderte, dass die Gewährleistung der Minderheitenrechte auch weiterhin die Grundvoraussetzung für eine ungarische Zustimmung sei und ein Land, das anstrebe der Europäischen Union beizutreten, diesen Erwartungen entsprechen müsse. Er sei jedoch zuversichtlich, dass dieser nun schon seit zehn Jahren andauernde Konflikt zwischen Kiew und Budapest zeitnah beigelegt werden könne. Auch bei der Frage der Waffenlieferungen wurde Magyar überraschend deutlich und iterierte, dass Ungarn auch in Zukunft weder Soldaten noch Waffen in die Ukraine senden werde. Merz reagierte mit der Aussage, dass Deutschland wiederum an seiner entschlossenen Unterstützung der Ukraine festhalten werde. Neben diesen Differenzen kamen jedoch auch die im Gespräch ermittelten Gemeinsamkeiten zur Sprache. Merz betonte insbesondere die Stärkung der Wettbewerbs- und Verteidigungsfähigkeit während Magyar neben der Wettbewerbsfähigkeit eine Zusammenarbeit bei der Eindämmung der illegalen Migration hervorhob. Ungarn sei ein stolzes, freiheitsliebendes, ehrliches, aber auch konstruktives Land. Er könne Merz nicht versprechen, in allem einig zu sein, doch er werde stets nach dem Kompromiss streben, so Magyar.

Brand in Mol-Raffinerie in Tiszaújváros

Im petrochemischen Werk der MOL Group in Tiszaújváros kam es am 22. Mai zu einer schweren Explosion. Eine Person verlor dabei ihr Leben, weitere Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Über dem Industriegelände war dichter schwarzer Rauch zu erkennen, und an einer beschädigten Leitung war eine starke, fackelähnliche Flamme sichtbar. Das Feuer konnte jedoch gelöscht werden. Neben zahlreichen Einsatzfahrzeugen seien auch drei Rettungshubschrauber im Einsatz gewesen. Der ungarische Minister für Wirtschaft und Energie, István Kapitány, sowie MOL-Chef Zsolt Hernádi machten sich unmittelbar nach Bekanntwerden des Unglücks auf den Weg zum Einsatzort. In einer Stellungnahme wurde bestätigt, dass insgesamt sieben Personen verletzt wurden. Nach Informationen der Behörden traf ein mobiles Labor des Katastrophenschutzes am Werk ein, um Messungen der Luftqualität und möglicher Schadstoffe vorzunehmen. Es seien jedoch keine gesundheitsgefährdenden Konzentrationen festgestellt worden, die über den gesetzlich zulässigen Grenzwerten lagen. Dies wurde später auch vom Minister für Wirtschaft und Energie, István Kapitány, bestätigt.

Nach Angaben von MOL ereignete sich die Explosion während der Wiederinbetriebnahme der Olefin-1-Anlage innerhalb des petrochemischen Komplexes. Spezialisten untersuchen derzeit die genaue Ursache des Unglücks. Nachdem die Ermittlungen am Unglücksort abgeschlossen und die akute Unfallgefahr beseitigt worden sind, kann mit den Reparaturarbeiten begonnen werden. Erst nach Abschluss der technischen Untersuchungen könne genauer abgeschätzt werden, wie lange die vollständige Wiederherstellung dauern werde. Nach ersten Einschätzungen von Experten dürfte die Wiederinbetriebnahme der Anlage allerdings erst nach mehreren Monaten möglich sein. Der Konzern stellte klar, dass die Kraftstoffversorgung in Ungarn durch den Vorfall nicht beeinträchtigt sei. Dies war bereits der zweite Zwischenfall in einem Werk der ungarischen MOL binnen eines Jahres. Im Oktober 2025 hatte es einen Brand in der MOL-Raffinerie in Százhalombatta gegeben – Tote gab es damals nicht.

Neues aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Ikarus sichert sich größten Elektrobuss-Auftrag der Unternehmensgeschichte

Das nordmazedonische Verkehrsministerium hat die Vergabe einer Ausschreibung über 150 vollelektrische Stadtbusse bekannt gegeben. Den Zuschlag erhielt die zur ungarischen Ikarus-Gruppe gehörende Electrobus Europe Zrt., die sich im Bieterverfahren durchsetzen konnte. Ikarus ist ein ungarischer Hersteller von Omnibussen und Oberleitungsbussen. Das Unternehmen war während der 1980er Jahre einer der größten Bushersteller der Welt und produzierte vor allem Fahrzeuge für die im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe verbundenen Staaten. Der Auftrag umfasst die Lieferung von 150 Elektrobussen des Typs Ikarus 120e V4 sowie 75 dazugehörigen Plug-in-Ladestationen. Für Ikarus handelt es sich um den bislang größten Auftrag im Segment batterieelektrischer Busse. Die Ausschreibung zählt zu den wichtigsten Elektrobussprojekten des Jahres auf dem Balkan. Von den bestellten Fahrzeugen sollen 100 in der Hauptstadt Skopje eingesetzt werden, während die übrigen 50 Busse den Nahverkehr in weiteren Städten Nordmazedoniens modernisieren. Laut Vorgaben des Auftraggebers müssen die ersten 30 Fahrzeuge innerhalb von sechs Monaten nach Vertragsunterzeichnung ausgeliefert werden. Weitere 60 Busse sollen nach zwölf Monaten folgen, die restlichen 60 innerhalb von 18 Monaten. Details zur technischen Ausstattung der Flotte wurden bisher nicht veröffentlicht. Der Auftrag passt zur aktuellen Wachstumsstrategie

von Ikarus, die einen besonderen Fokus auf die Balkanregion legt. Dazu zählen unter anderem jüngste Fahrzeugtests in Serbien und Slowenien sowie bereits realisierte Verkäufe nach Griechenland. Auch aus Bosnien und Herzegowina wird ein zunehmendes Interesse an den Fahrzeugen des Herstellers gemeldet. János Hunor Kelemen, Vertriebsleiter der Ikarus-Gruppe, bezeichnete den Erfolg als wichtigen Schritt für die internationale Expansion des Unternehmens. Der Auftrag unterstreiche sowohl die technologische Leistungsfähigkeit als auch die Wettbewerbsstärke von Ikarus auf den Märkten Mittel- und Südosteuropas. Besonders hob er die enge Zusammenarbeit mit nordmazedonischen Partnerunternehmen hervor, deren Fachwissen eine wichtige Rolle bei der Umsetzung des Projekts spielen werde.

E.ON modernisiert Stromnetz

Die E.ON Hungária Gruppe hat ihr groß angelegtes Programm zur Erneuerung des ungarischen Stromnetzes erfolgreich abgeschlossen. Das Vorhaben, das 2022 gestartet wurde, zählt mit Investitionen von rund 115 Milliarden Forint (etwa 321 Millionen Euro) zu den wichtigsten Infrastrukturprojekten der vergangenen Jahre im Energiesektor des Landes.

Im Rahmen der Maßnahmen wurden mehr als 1.800 Kilometer Stromleitungen modernisiert und über 2.800 Transformatoren ausgetauscht oder erneuert. Für Haushalte und Unternehmen bedeutet dies vor allem eine höhere Versorgungssicherheit und eine stabilere Stromversorgung im Alltag. Dank moderner digitaler Technologien lassen sich Störungen künftig schneller erkennen und gezielter beheben. Dadurch können Ausfälle nicht nur reduziert, sondern im Ernstfall auch deutlich schneller behoben werden. Ein wesentlicher Grund für den Ausbau des Netzes ist die stark zunehmende Nutzung erneuerbarer Energien in Ungarn. Durch die Modernisierung entstanden zusätzliche Netzkapazitäten von über 1.000 Megawatt. Vor allem der starke Zuwachs privater Solaranlagen machte diesen Schritt notwendig. Mehr als 200.000 der landesweit rund 350.000 installierten Photovoltaikanlagen befinden sich bereits im Versorgungsgebiet von E.ON.

Nach Angaben des Unternehmens wurde das Netz gezielt darauf ausgelegt, die schwankende Stromerzeugung aus wetterabhängigen Energiequellen zuverlässig integrieren zu können. Die Investitionen konzentrierten sich dabei auf mehrere zentrale Regionen des Landes:

- Nordtransdanubien: 45 Milliarden Forint (126 Mio. Euro)
- Budapest und das Komitat Pest: 40 Milliarden Forint (112 Mio. Euro)
- Südtransdanubien: 30 Milliarden Forint (84 Mio. Euro)

Auch Umwelt- und Naturschutzaspekte spielten bei den Bauarbeiten eine wichtige Rolle. So wurden im Landschaftsschutzgebiet von Buda rund 50 Kilometer Erdkabel verlegt und gleichzeitig etwa 450 Freileitungsmasten entfernt, um Natur und Landschaft besser zu schützen. Finanziert wurde das umfangreiche Projekt sowohl aus Eigenmitteln der E.ON Hungária Gruppe als auch durch Fördergelder der Europäischen Union aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF). Mit dem Abschluss der aktuellen Arbeiten endet die Entwicklung des Stromnetzes jedoch nicht. Angesichts der zunehmenden Elektrifizierung und der fortschreitenden Dekarbonisierung plant E.ON bereits weitere Programme zum Ausbau und zur Modernisierung der Energieinfrastruktur in Ungarn.

Beschlagnahmte Vermögenswerte des „Goldkonvois“ wieder an die Ukraine übergeben

Der Streit zwischen Budapest und Kiew um einen beschlagnahmten ukrainischen Geld- und Goldtransport ist offenbar beendet. Ukrainischen Angaben zufolge hat Ungarn die im Frühjahr sichergestellten Vermögenswerte inzwischen vollständig zurückgegeben. Präsident Wolodymyr Selenskyj bestätigte die Rückführung auf der Plattform X. Auslöser der Affäre war ein Vorfall im März, als ungarische Behörden einen Transport mit Goldreserven und Bargeld der staatlichen ukrainischen Oschadbank stoppten. Der Konvoi transportierte 40 Millionen Dollar, 35 Millionen Euro und 9 Kilogramm Gold aus Österreich in die Ukraine. Die Vermögenswerte wurden wegen des Verdachts auf Geldwäsche beschlagnahmt, die Begleitpersonen des Transports vorübergehend festgenommen. In der Ukraine sorgte die Maßnahme für scharfe Kritik. Da die Oschadbank eine zentrale Rolle bei staatlichen Finanztransaktionen und der Auszahlung von Gehältern spielt, wurde die Blockade der Gelder als politischer Affront angesehen. Die politischen Spannungen verschärften sich in den folgenden Wochen deutlich. Selenskyj warf dem vorherigen ungarischen Regierungschef Viktor Orbán öffentlich vor, die Vermögenswerte „einfach gestohlen“ zu haben. Gleichzeitig suchte Kiew nach den ungarischen Wahlen den Dialog mit dem Oppositionspolitiker Péter Magyar und dessen TISZA-Partei. Mit der nun erfolgten Rückgabe scheint der Konflikt entschärft. Der ukrainische Präsident bedankte sich zugleich bei Ungarn für die kooperative Lösung des Falls. Auch auf europäischer Ebene hatte die Angelegenheit Aufmerksamkeit erregt. Der Gouverneur der Ukrainischen Nationalbank, Andrij Pyschnyj, wandte sich an den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) und bat um Unterstützung. Dieser bezeichnete die Beschlagnahmung zwar als bedauerlich, verwies jedoch darauf, dass Fragen der Geldwäschebekämpfung und Kapitalverkehrskontrolle in die Zuständigkeit der einzelnen Mitgliedstaaten fallen. Ein direktes Eingreifen der EU sei daher nicht möglich gewesen. Dennoch verfolgten die europäischen Institutionen den Fall aufmerksam, um sicherzustellen, dass entsprechende Maßnahmen rechtlich gerechtfertigt und verhältnismäßig bleiben. Die Rückgabe der Vermögenswerte wird nun als Zeichen der Entspannung zwischen beiden Ländern gewertet. Beobachter sehen darin die Chance auf eine pragmatischere Zusammenarbeit zwischen Budapest und Kiew, auch wenn in anderen politischen Fragen weiterhin erhebliche Differenzen bestehen.

Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

Praktikumsausschreibung

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab sofort **neue Praktikumsstellen** an interessierte **Studenten aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir den Praktikanten eine Auslandserfahrung in einem dynamischen Team mit fachbezogenen und verantwortungsvollen Aufgaben, individueller Betreuung und voller ERASMUS+-Kompatibilität in den **Bereichen Forschung, Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Begabtenförderung**. Interessiert? Den Link zu unserer Ausschreibung finden Sie [hier](#).

Ausschreibung für ein (Junior) Visiting Fellowship

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab sofort **neue Stipendien als Junior Visiting Fellow** an interessierte **junge Wissenschaftler bis 35 Jahre aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir eine mehrmonatige Fellowship in einem internationalen Arbeitsumfeld mit **geisteswissenschaftlichem Fachbezug** und deutschsprachigem Team, inkl. An- und Abreise, Krankenversicherung, monatlichem Stipendium, Arbeitsplatz, Reisemöglichkeiten und Teilnahme an Veranstaltungen und internationalen Konferenzen, uvm. Dabei legen wir Wert auf einen professionellen und familienfreundlichen Ansatz. Genaue Details zur Stipendiums Ausschreibung finden Sie [hier](#).

Vergangene Veranstaltungen

Am **11. Mai 2026** fand in Veszprém eine Veranstaltung mit anschließender Diskussion statt, organisiert vom Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit und der MCC-Vertretung in Veszprém. Im Mittelpunkt stand ein Vortrag von **Dr. Lasse B. Lassen**, Junior Visiting Fellow unseres Instituts, mit dem Titel „Auf der Flucht in die Freiheit – Das neue Leben von Ungarn und Kubanern in Amerika“, in dem die Geschichte der Ungarn und Kubaner, die vor dem Kommunismus in die USA geflohen waren aufgezeigt wurde. Den Veranstaltungsbericht erreichen Sie auf der Webseite des Instituts unter dem folgenden [Link](#).

Am **13. Mai 2026** hielt der Althistoriker **Prof. Dr. Egon Flaig** im MCC-Bildungszentrum Budapest einen Vortrag über das Verhältnis von antiker und moderner Freiheit und beleuchtete dabei die ideengeschichtlichen Grundlagen des Liberalismus sowie aktuelle politische Herausforderungen. Die Veranstaltung wurde vom Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit organisiert und von Prof. Dr. Frank-Lothar Kroll moderiert. Den Bericht zur Veranstaltung erreichen Sie unter dem folgenden [Link](#).

Vom **18. bis 20. Mai 2026** war **Prof. Dr. Hans-Christof Kraus** auf Einladung des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit auf Vortragsreise in Ungarn. Am Kulturzentrum von Győrújbarát, dem MCC-Zentrum von Kaposvár und dem Evangelischen Gymnasium von Bonyhád trug der deutsche Historiker zum Wandel im deutschen Parteiensystem seit 1990 und zu Entstehung und Entwicklung der modernen Diktatur vor. Den gesamten Veranstaltungsbericht finden Sie unter folgendem [Link](#) lesen.

Am **21. Mai 2026**, hielt **Bence Bauer**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, im MCC-Bildungszentrum in Zalaegerszeg einen Vortrag mit dem Titel „Mythos und Realität – deutsch-ungarische Wechselwirkungen“. Im Mittelpunkt des Abends stand die Frage, wie sich das idealisierte Deutschlandbild in Ungarn in den vergangenen

Jahrzehnten verändert hat und wie Ungarn heute in den deutschen Medien und im öffentlichen Diskurs wahrgenommen wird. Über die Veranstaltungen können Sie [hier](#) lesen.

Am **27. Mai 2026** hielt der Journalist **Alexander Teske** im MCC-Bildungszentrum in Budapest einen Vortrag mit dem Titel „Inside Tagesschau - Zwischen Nachrichten und Meinungsmache: Was Sie auf dem Bildschirm nicht sehen“. Dabei beleuchtete er – wie auch in seinem 2025 unter dem Titel „Inside Tagesschau“ veröffentlichten Buch - die Entscheidungsprozesse und Machtkämpfe hinter der „Tagesschau“, der meistgesehenen und prestigeträchtigsten Nachrichtensendung des deutschen öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Die Veranstaltung wurde vom Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit organisiert und das anschließende Gespräch Boris Kálnoky, Leiter der MCC-Medienschule moderiert. Den Bericht zur Veranstaltung erreichen Sie unter dem folgenden [Link](#).

Veröffentlichungen

Bence BAUER, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, veröffentlichte auch im Mai Artikel in seiner wöchentlichen Kolumne bei Exxpress. Im Artikel mit dem Titel „**Ein Jahr Friedrich Merz**“ vom **5. Mai** beleuchtet Bauer das erste Jahr der Merz-Regierung und die Herausforderungen vor denen diese steht. Den Artikel finden Sie [hier](#). In seinem Artikel „**Europatag in Ungarn mit neuem Parlament und Amtseid**“ vom **12. Mai** analysiert er die Vereidigung der neuen ungarischen Regierung und die Rede von Ministerpräsident Péter Magyar. Den Artikel erreichen Sie [hier](#). Am **19. Mai** erschien der Beitrag „**Deutsches Bürgergeld steigt ins Unermessliche**“ in dem das System des Bürgergeldes und die dafür ausgegebenen Rekordsummen näher betrachtet werden. Den Artikel erreichen Sie [hier](#). Am **26. Mai** erschien der Artikel „**Péter Magyar in Wien: Kommt Visegrád plus?**“ in dem die zweite offizielle Auslandsreise der neuen ungarischen Regierung genauer betrachtet wird. Den Artikel erreichen Sie [hier](#).

Am **28. Mai** war **Bence Bauer** bei ExxpressTV live zu Gast, wo er über den Asylpakt spricht. Die Sendung können Sie sich [hier](#) anschauen.

In der **Mai-Ausgabe** der Budapester Zeitung erschien ein Artikel von **Lasse B. Lassen**, Visiting Fellow am Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit, mit dem Titel „**Das verflixte 16. Jahr**“, in dem er die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen dem Wahlsieg des Sozialdemokraten Gerhard Schröder über Helmut Kohl mit dem Tisza-Erdrutschsieg aufzeigt. Mehr dazu können Sie unter diesem [Link](#) lesen.

Auch bei Die Weltwoche erschien am **7. Mai** ein Artikel von **Bence BAUER**. Hier erklärt er die Geschehnisse vor Péter Magyars Machübernahme am 9. Mai. Den Artikel finden Sie [hier](#).

Im der Preußischen Allgemeinen Zeitung erschien am **15. Mai** ebenfalls ein Artikel von **Bence Bauer** mit dem Titel „**Das Wagnis der Ungarn**“ in dem er die ungarischen Wahlen analysiert. [Hier](#) können Sie darüber lesen.

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständige Mitarbeiter: Tristan Csaplár, Eszter Grifatong

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: mni@mcc.hu